

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 36. und 37. Ratssitzung vom 30. Januar 2019

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2018/392 und 2018/413

860. 2018/392

Dringliche Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018:

Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 1104 vom 19. Dezember 2018).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2018/392 und 2018/413.

***Monika Bättschmann (Grüne) nimmt Stellung:** Die Anregungen aus unserer Interpellation wurden alle positiv vom Stadtrat beantwortet. Die Beratung, die Unterstützung und der Bezug von Dienstleistungen rund ums Alter können dezentral bezogen werden. Im Sozialraum bestehen Beratungsangebote, die die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner aus den entsprechenden Sozialräumen und auch deren Angehörige beziehen können. Im Quartier soll also alles aus einer Hand angeboten werden. Damit wird das Leben in der Privatwohnung unterstützt. Auch pflegende Angehörige kommen niederschwellig zu kompetenter Unterstützung. Mit einem Pilotprojekt können Organisationsänderungen erprobt werden. Für die Organisation der Beratungen und Dienstleistungen im Alter soll der Sozialraum bestimmend sein, weil er auf die Lebensumstände der Rat- und Unterstützungssuchenden ausgerichtet ist. Dadurch eröffnet sich die Chance, aus unseren Alters- und Pflegezentren tatsächliche Zentren zu machen. In der Vergangenheit kam es bereits zu diesbezüglichen Fortschritten. Im Alterszentrum Mathysweg beispielsweise entsteht in diesem Sommer ein Ersatzneubau. Die Chance für einen Spitex-Standort entstand. Die Spitex hätte dort Dienstleistungen für die externe Bevölkerung anbieten können. Das hätte einen innovativen Schritt bedeutet und nachhaltige Impulse ausgelöst. Im Laufe der weiteren Planung jedoch verschwand diese Option leider. In verschiedenen Gemeinden bestehen bereits seit Langem Zentren mit einem unterschiedlichen Angebot. Die Zentren enthalten Spitex, Alterswohnungen, Pflegeeinrichtungen, Informationsstellen, Restaurants und vieles mehr. Sie werden aus einer Hand geführt. Wir sind gespannt, wie unsere Anregungen unter anderem im neuen Altersleitbild aufgenommen werden und werden die Realisierung aufmerksam verfolgen.*

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP) begründet das Postulat GR Nr. 2018/413 (vergleiche Beschluss-Nr. 514/2018): Ich möchte meine Argumentation auf drei Punkte konzentrieren: Sie können mit den Begriffen integriert, dezentral und finanzierbar charakterisiert werden. «Integriert» ist wesentlich, weil in der Stadt im Gegensatz zu anderen Gemeinden eine komplexe Organisation besteht: die Spitex-Organisation, die Alterswohnungen, die in eine Stiftung ausgegliedert sind, und schliesslich zwei verschiedene Direktionen für Altersheime und Pflegezentren im GUD. Betrachtet man die Qualifikationen des Personals, die zu erledigenden Aufgaben und die Konzepte eines fließenden Übergangs der verschiedenen Angebote und der Nachfrage der Angebote, dann wird deutlich, dass immer noch ein Integrationsbedarf besteht. Eine Verbesserung könnte beispielsweise geschehen, indem die beiden Direktionen im GUD zusammengefasst würden. Wichtig ist, dass das Ganze als Organismus betrachtet wird, der aufeinander abgestimmt ist. Für uns ist wichtig, dass die Organisation «dezentral» erfolgt. Das Alterszentrum Oberstrass hielt ich stets für eine einzelne Organisation. Es besteht jedoch aus einem Pflege- und einem Alterszentrum. Ausserdem befindet sich die Spitex dort. Von aussen betrachtet ist das nicht verständlich. In allen Quartieren können integrierte Zentren gebildet werden, die dezentral die Angebote für die Bevölkerung bereitstellen. Es ist nachvollziehbar, dass man sich wünscht, dort zu bleiben, wo man bereits lebt und dass man nicht oft umziehen will. Das alles «finanzierbar» zu machen, ist schwierig, weil die Stadt über beschränkte Kompetenzen verfügt. Verschiedene Ansätze wurden aber heute bereits genannt. Es besteht das Potenzial, dass die Leistungen für alle erschwinglich angeboten werden können.

Joe A. Manser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ernst Danner (EVP) und ich beziehen seit dem letzten Jahr AHV. Wir gehören also dazu und besprachen vorgängig den Textänderungsantrag. Die Nacht-Spitex wurde im letzten Jahr eingeführt. Sie hilft mir, nach Mitternacht ins Bett zu gehen. Der Wunsch nach mehr dezentralen Alterszentren in den Quartieren ist keine neue Forderung. In den 1980er-Jahren baute die Vorsterin des damaligen Sozialamts Emilie Lieberherr in verschiedenen Gebieten der Stadt solche Alterszentren. Das Angebot war zwar nicht genau gleich wie heute, aber Alterszentren mit den vorher beschriebenen Funktionen sind nicht eine neue Idee. Die Nachfolgerin verfolgte schliesslich aber eine völlig andere Strategie. Die Alterszentren wurden wieder geschlossen oder umfunktioniert. Darum bemängelten wir den ursprünglichen Text des Postulats, der auf das Entweder-oder fokussierte; beides wird benötigt. Darum bin ich dankbar, dass STR Andreas Hauri das vorher betonte und dass der Wille vorhanden ist, zu schauen, welches die richtigen Wege und Lösungen sind und dass es nicht zu einem Ausspielen gegeneinander kommt. In diesem Sinne schlugen wir einige kleine Textänderungen vor und sprachen sie ab. Man muss einsehen, dass dezentrale Angebote sehr zielführend und hilfreich sind. Aber die Pro Senectute beispielsweise verfügt über eine einzelne Anlaufstelle in der Stadt, die ausserdem nicht zentral gelegen ist. Die Grenzen und Möglichkeiten müssen also genau geprüft werden. Ich bin froh, dass STR Andreas Hauri die richtige Richtung einschlug und bin gespannt, wie die Resultate der Diskussion und die neue Altersstrategie aussehen werden.

Susanne Brunner (SVP): Die beiden Vorstösse behandeln zwei Themen. Erstens den Wunsch nach dezentralen Beratungsstellen, die für alle relevanten Lebensbereiche im Alter zuständig sind und zweitens umfassende oder integrierte Dienstleistungen in den Bereichen Wohnen und Pflege sowie sozialer Einbindung usw. Das bedeutet konkret den Abbau der institutionellen Trennung des ambulanten und stationären Angebots in den Bereichen Wohnen und Pflege. Wir unterstützen beide Stossrichtungen unter der Bedingung, dass bei der Neuorganisation der dezentralen, umfassenden Beratungsstellen die bestehenden Strukturen abgebaut werden. Es darf insgesamt nicht zu einer Aufblähung oder einem Ausbau der Beratungsstrukturen kommen. Das gilt auch für die Institutionen für Wohnen und Pflege. Mir fiel auf, dass es sich in der gesamten Diskussion um die neue Altersstrategie und insbesondere bei diesen beiden Vorstössen zu stark um Begriffe wie «Sozialräume», «dezentral», «integriert» und «vernetzt» dreht. Das Wort, das wir eigentlich am meisten hören sollten und dem das meiste Gewicht gegeben werden sollte, ist «Überkapazitäten». Diese drohen uns, wenn wir nichts dagegen unternehmen oder wenn wir zu spät handeln. Wenn wir handeln und Veränderungen einleiten, dann erst sollten die genannten Begriffe vorkommen, was wir unterstützen. Aber der Ausgangspunkt bleibt bei den Überkapazitäten. Die aktualisierte Obsan-Studie vom April 2018 berechnet für Zürich bis ins Jahr 2035 eine Überkapazität von 879 Betten im Bereich der stationären Pflege – eine sehr grosse Anzahl. Wenn das so eintritt, wird das die Steuerzahler jährlich Millionen von Franken kosten; wir müssen aber bereits für die Defizite der beiden Spitäler in Millionenhöhe aufkommen. Die Altersstrategie muss sich den Herausforderungen der drohenden Überkapazität stellen. Dem müssen wir jetzt Gegensteuer geben, wenn es nicht bereits zu spät ist. Die Obsan-Studie zeigt, dass es Anzeichen gibt, dass wir bereits zu spät sind. Heute sind im Kanton 31 Prozent der Bewohner der Alters- und Pflegezentren nicht oder nur ganz leicht pflegebedürftig. Das heisst, dass bereits Menschen in unseren Institutionen leben, die nicht dorthin gehören. Sie kosten uns viel Geld. Es handelt sich um eine versteckte, teure Überkapazität, die bereits besteht. Die Verspätung der Behandlung des Themas geht nicht auf STR Andreas Hauri zurück. Die Person, die das verschuldete, verschwand im letzten Jahr. STR Andreas Hauri signalisierte bald nach seinem Amtseintritt, dass er das Thema anpacken will. Die SVP will die Überkapazitäten bei den Pflegeplätzen verhindern. Wir hoffen darum, dass der Stadtrat sich nicht vor diesem Schlüsselwort scheut und den Abbau der Überkapazitäten anpackt. Ohne Vorbehalt können wir das Postulat nicht unterstützen. Als Textänderung verlangen wir, dass der fünfte Punkt vollständig gestrichen wird. Dieser fordert, dass die Stadt für die Anpassungen der altersgerechten Wohnungen aufkommt. Das darf nicht sein. Wenn die Textänderung abgelehnt wird, lehnen wir das Postulat ab.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 37, Beschluss-Nr. 860/2019).

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 36, Beschluss-Nr. 860/2019)

Weitere Wortmeldungen:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die AL-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat wichtige Themen adressiert. Die Integration von ambulanten und stationären Dienstleistungen sowie der einzelnen Anbieter im Alters- und Pflegesektor müssen Grundbausteine der zukünftigen Altersstrategie sein. Ebenso denkt der Vorstoss über die Grenze des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) hinaus und benennt entscheidende Felder wie das des Wohnens und das der Finanzierung der Pflegeleistungen. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass wir die Sicherung und den Ausbau der Spitex-Dienstleistungen thematisieren müssen, denn auch die Menschen mit wenig Einkommen haben das Recht, zuhause altern zu dürfen. Interessant ist auch die Forderung nach der Entschädigung der Care-Arbeit. Es darf nicht vergessen werden, dass diese Arbeit hauptsächlich von Frauen geleistet wird und dass das eine doppelte Diskriminierung darstellt. Für die Zeit, in der sie ihre Angehörigen pflegen, werden sie nicht entlohnt und können sich somit keine Einzahlungen für die AHV oder für die zweite Säule leisten. Gleichzeitig sehen wir aber ähnliche Kritikpunkte wie Joe A. Manser (SP). Selbstverständlich stossen wir uns an der neoliberalen Sprache. Ausserdem sind wir nicht vollständig optimistisch bezüglich des Effekts der vollständig dezentralisierten Angebote. Wir sind der Meinung, dass solche Angebote Teil der Quartiere sein sollten, damit die Alterszentren ihren Namen verdienen können. Ein Minimum an Koordination, wie beispielsweise in der Fachstelle Wohnen im Alter, wird aber trotzdem nötig sein. Darum unterstützen wir den Textänderungsvorschlag der SP. Jetzt bereits eine Verschlinkung zu thematisieren, lehnen wir mit dem Textänderungsvorschlag der SVP ab.

Christine Seidler (SP): Die Altersstrategie betrifft nicht nur die Stadt Zürich, sie ist auch eine Frage von globalen Trends. Ihnen entlang, mit Berücksichtigung der Urbanisierung und des Stadtwachstums, müssen wir die Altersstrategie entwickeln und den Bedarf an funktionalen Räumen berücksichtigen. Mit den Fragestellungen zur Dezentralisierung gehen die beiden Vorstösse in diese Richtung. Der demografische Wandel ist ein wichtiger Aspekt. Als ich ein Kind war, entsprach die Bevölkerungspyramide einem Tannenbaum, in meiner Pubertät stand der Tannenbaum auf dem Kopf und jetzt entsteht die Form einer Sanduhr. Es wird sehr viele Kinder geben, während die Mitte der Bevölkerungspyramide, die alles trägt, sehr schmal wird. Darum ist von «Downaging» und von vier oder fünf Lebensaltern die Sprache, nicht mehr von drei Generationen. Migration und die «volatilen» Alten generieren neue Bedürfnisse: neue Lebensstile, Infrastrukturen und Raumbedürfnisse. Wir schreiten auf die 10-Millionen-Schweiz zu; nach dem Bundesamt für Statistik wird diese im Jahr 2035 zur Realität. Darum müssen wir organisieren und umdenken. Die Welt ist keine Scheibe und sie ist nicht schwarz-weiss. Das Leben ist farbig und im Sinne der heutigen Debatte durchaus positiv gemeint auch grau. Wir leben in einer Gesellschaft, in der bis jetzt der dreissigste Geburtstag einer Tragödie entsprach, Jugendliche als Ideal und Alte und Alter als Schimpfwort gelten – dieses relativ gestörte Verhältnis zu alten Menschen muss sich wandeln und der Denkhorizont als Problemhaltung zur alternden Gesellschaft überwunden werden. Der Fokus von uns als

Politikerinnen und Politiker, von Medien und von der Wirtschaft muss darin liegen, dass wir die individuellen und sozialen Veränderungen kompensieren, verhindern und abmildern müssen. Wir sind völlig blind für die Chance und das Potenzial des demographischen Wandels, der für die Gestaltung von neuen Lebenswelten, für eine ältere Gesellschaft aber auch für uns als gesamte Gesellschaft wertvoll sein kann. Susanne Brunner (SVP) sprach von Menschen in altersbetreuenden Institutionen, die nicht auf eine Betreuung angewiesen sind. Demenz nimmt aber zu und diese Menschen sind durchaus fähig, sich selbst zu pflegen. Kognitiv sind sie aber auf dem Niveau eines ein- oder zweijährigen Kinds. Diese dürfen nicht in ihre Wohnungen zurückgeschickt werden, wo sie verwaist würden. Mit unserem Textänderungsvorschlag freue ich mich über die beiden Vorstösse und hoffe auf die Unterstützung dieser zentralen und ausgewogenen Forderungen.

Natalie Eberle (AL): *Ich nehme Bezug auf die Interpellation GR Nr. 2018/392. Wir halten die Bündelung von Leistungen im Sozialraum für eine gute Stossrichtung, wollen aber betonen, dass mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Richtplan neue Zentren eingezeichnet wurden. Wir hoffen, dass die Bündelungen in diesen neu definierten Zentren umgesetzt werden. Das Bedürfnis nach einer Zusammenfassung von Dienstleistungen und zentralen Informationszentren herrscht in der gesamten Gesellschaft, nicht nur unter alten Menschen. Darum bitten wir den Stadtrat, dass mit der Strategie das Zusammenarbeiten tatsächlich eintreffen wird und dass zentrale Informationszentren auch mit dem Sozialdepartement wie auch mit dem Hochbaudepartement gedacht werden.*

Susanne Brunner (SVP): *Als Textänderung wollen wir den gesamten Punkt fünf, der sich im Postulat der Finanzierung widmet, streichen. Denn dieser fordert die Stadt auf, dass sie für die Anpassungen von altersgerechten Wohnungen und für die Betreuung aufkommt. Das kann aber kein Auftrag der Stadt sein. Dass die Finanzierung im Zuge von vermehrt ambulanter statt stationärer Versorgung betrachtet wird, ist richtig – aber nicht mit diesem Auftrag. Vielmehr müsste dem Stadtrat der Auftrag erteilt werden, die Altersstrategie auch nach wirtschaftlichen Kriterien auszugestalten und eine Altersstrategie vorzulegen, die die Eigenverantwortung der Betroffenen fordert.*

Marion Schmid (SP): *Das Postulat 2018/413 ist wichtig und mit unserer Textänderung wird es besser. Mit vermehrt ambulanter Versorgung muss diese auch mehr zu den Leuten in die Sozialräume hinaus verlagert werden. Ich glaube aber auch, dass es sehr wichtig ist, dass es nicht zu einer Verzettelung kommt. In unserer grossen Stadt bietet sich die Chance der sehr spezialisierten Angebote. Das fordert auch das Pflegemodell des Verbands Curaviva explizit. Es handelt sich um einen Trend, der in Zukunft zunehmen wird, sei es die spezialisierte Pflege von Krankheiten wie Demenz, die Palliative-Care oder die Gerontopsychiatrie. Das sind Angebote, bei denen es wenig Sinn macht, wenn sie in jedem Quartier separat offeriert werden. Synergien sollen gebündelt und zentrale Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Wie das nun mit unserer Textänderung vorgesehen ist, werden die Angebote aufeinander abgestimmt. Der Textänderungsvorschlag der SVP wird hoffentlich nicht angenommen; das offene Votum benennt die sogenannte Überkapazität und besagt, dass die Menschen, die nicht pflegebedürftig sind, nicht in einem Alterszentrum leben sollten. Diese Meinung teilen wir*

nicht. Es gibt verschiedene Gründe, in einem Alterszentrum zu leben. Das sollte nicht nach rein wirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden. Falls diese Textänderung angenommen würde, müssten wir das Postulat ablehnen. Denn wir wollen, dass die Menschen weniger in stationären Einrichtungen und häufiger zuhause leben können. Es soll explizit die Aufgabe der Stadt sein, dafür die Rahmenbedingungen mit einer guten, vernetzten Beratung, mit Dienstleistungen und auch mit dem Gewährleisten der Finanzierung dieser Dienstleistungen sicherzustellen.

Corina Gredig (GLP): *Die GLP unterstützt die Vorstösse. Die Stossrichtung ist in unserem Sinn; die Wohnortnähe und Dienstleistungen aus einer Hand sind zentrale Punkte, um das Wohnen zuhause zu vereinfachen. Eine Anlaufstelle sollte die wichtigen Informationen zu den Themen Wohnen, Familie, Gesundheit und Pflege anbieten können, damit das Wohnen zuhause erleichtert wird. Uns ist die Zusammenarbeit zwischen Stadt und privat-gemeinnützigen Einrichtungen wichtig, damit Doppelspurigkeiten abgebaut werden können. Die oberste Prämisse einer Altersstrategie sollte eine optimale, bedürfnisgerechte Lebensqualität und die Versorgung für ältere Menschen zum Ziel haben. In diesem Sinne begrüßen wir den Textänderungsantrag der SP und lehnen den der SVP ab.*

Raphael Kobler (FDP): *Mit vielleicht der Ausnahme der SVP herrscht die Einigkeit, dass die jetzigen Strukturen in der städtischen Altersversorgung überkommen und zu überdenken sind. Meines Erachtens müssen in diesem Zusammenhang vor allem die strikte Trennung der Wohn- und Betreuungsformen, die mit zahlreichen Nachteilen verbunden ist, aber auch der verschwindende Quartiercharakter der verschiedenen Einrichtungen erwähnt werden. So freut es mich sehr, dass wir uns im Licht des heutigen Abends auf einem guten Weg befinden und die Weichen für ein zeit- und vor allem bedürfnisgerechtes Altersangebot stellen. Dies kann mit Alterszentren geschehen, die nicht nur so heissen, sondern diesen Namen verdienen, indem wir Innovationen zulassen oder zumindest attraktive, neue Lösungen prüfen. Dazu gehört auch die Finanzierung. Damit verfolgen wir eine Alterspolitik, die den Vorstellungen und Wünschen der betagten Bevölkerung gerecht werden will.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Ich komme auf die Dezentralisierung der Alterszentren und der Angebote zurück. Im Rahmen der von mir veranlassten Aktion «Weihnachtsgrüsse aus dem Wald» besuchten wir mit einem Hund, einer Katze, einem Pferd, einem Truthahn und einem Esel diverse Alterszentren der Stadt. Das war ein wahrer Hit. Man kann sich nicht vorstellen, was ein Truthahn auch bei dementen Menschen auslösen kann. Bei diesen Besuchen fanden wir das Gespräch mit den verschiedenen Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern. Wir stellten fest, dass einige sehr ängstlich sind; sie haben Angst, ein Gratisangebot anzunehmen, weil das zu einer Schelte von oben führen könnte. Das Alterszentrum Klus Park war besonders beeindruckend, weil es vorzeigt, in welche Richtung die neue Altersstrategie gehen soll. Es arbeitet mit dem Quartierverein zusammen, bietet Programme an, die über Sponsoren finanziert werden, es versucht, mit den älteren Menschen die jüngeren im Quartier anzusprechen und es bietet viele verschiedene Aktivitäten an, die auf das Gebiet am Zürichberg angepasst sind. Ein solch dezentrales Engagement sollten wir nicht nur ermöglichen, sondern auch kommunizie-*

ren, um anderen Zentren diese Möglichkeiten als Beispiel zu präsentieren. Das in der Interpellation erwähnte Zentrum in Horgen wurde nett eingerichtet; es hat ein Café und die behördlichen Angebote sind ausgestellt. Für mich ist es eher steril eingerichtet. Ich wünsche mir, dass wir auf etwas Emotionalem aufbauen, so wie das bereits im Alterszentrum Klus Park der Fall ist. Die Angebote von Privaten und Öffentlichen sollen ausserdem nicht gewichtet angeboten werden. Das Alterszentrum Klus Park dient als Beispiel dafür, wie die Altersstrategie in Zukunft aussehen kann. Wir sollten nicht alles zentral organisieren, sondern dezentral auf der Quartierebene das ermöglichen, was sich die betroffenen Menschen wünschen.

Ernst Danner (EVP): Den Textänderungsantrag der SP nehmen wir gerne an. Er entspricht im Wesentlichen unseren Grundintentionen: Man sollte solange, wie es möglich ist, in den eigenen vier Wänden bleiben können – wenn man sich das wünscht, nicht, wenn man keinen Platz in einer Alterswohnung findet. Die Dezentralisierung ist sinnvoll. Uns ist bewusst, dass nicht alles dezentralisiert werden kann; gewisse zentrale Strukturen sind notwendig. Allerdings sind wir der Meinung, dass mehr dezentralisiert und in den Quartieren koordiniert werden sollte. Die Verschlinkung der Zentrale hätte ich zwar gerne im Postulat behalten, aber Optimierung bedeutet, die bestmögliche Lösung zu finden. Zu gewissen Verlagerungen wird es deshalb wahrscheinlich kommen müssen. Bezüglich der Fachstelle Wohnen im Alter können wir damit leben, dass eine zentrale Stelle besteht. Sie muss aber mit den dezentralen Stellen zusammenarbeiten. Mit dem Textänderungsvorschlag der SVP habe ich Mühe. Dass eine Finanzierung gefunden werden sollte, die tragbar ist, schätzen wir für selbstverständlich ein. Auch eine Pionierrolle bei der Finanzierung von Betreuungsaufgaben kann unter Umständen zu einem finanziellen Vorteil führen. Viele Menschen sind bereits im Pensionsalter und müssen ihre hochbetagten Eltern pflegen. Die 65-Jährigen pflegen die 90- und 95-Jährigen. Diese Situation ist neu, früher gab es das nicht. Darum kann es durchaus kostengünstiger sein, wenn die öffentliche Hand hierbei unterstützt, anstatt dass man teure Plätze mit Fremdbetreuung zur Verfügung stellt. Darum wollen wir am fünften Punkt festhalten und lehnen die Textänderung der SVP ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Bei dieser Interpellation und bei diesem Postulat geht es primär darum, wie unsere alten Menschen zu ihren Leistungen und Beratungsleistungen kommen sollen und wie sie die Angebote am besten nutzen können. Der in der Interpellation formulierte Gedanke des One-Stop-Shops ist ein Konzept, das grundsätzlich kundenfreundlich ist. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass wir im Rahmen der Altersstrategie zuerst überprüfen, welche Leistungen in Zukunft gefragt sind und wie das Ganze organisiert werden soll. Gewisse Angebote können durchaus dezentral aufgelegt werden. Trotzdem müssen gewisse zentrale Anlaufstellen weiterhin bestehen. Das zweite Thema ist die Frage, was ein Alters- und Pflegezentrum zu einem Zentrum macht. Das werden wir im Rahmen der Altersstrategie intensiv prüfen. Die Bedürfnisse sind ziemlich eindeutig. Die Durchlässigkeit muss teilweise so optimiert werden, dass bestimmte Zentren bestehen, die verschiedene Angebotsleistungen beinhalten; kombiniert mit Alterszent-

rumsleistungen, mit Pflegebetten, mit Alterswohnungen, aber auch mit Beratungsbüros für die Spitex und andere Altersfragestellungen. Es sollen aber nicht nur Alterszentren entstehen, wir müssen auch für eine Durchmischung sorgen. So können beispielsweise auch Wohnungen entstehen, in denen junge Menschen leben und Unterstützung in ihrer Freizeit für einen günstigeren Mietzins anbieten. Es braucht verschiedene Modelle und Varianten, die wir ausarbeiten müssen, damit die erforderlichen Zentren entstehen können.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

876. 2018/413

Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:

Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/15, Beschluss-Nr. 857/2019.

Ernst Danner (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 514/2018).

Marcel Bührig (Grüne) zieht den namens der Grüne-Fraktion am 14. November 2018 gestellten Textänderungsantrag zurück.

Joe A. Manser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die vom Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements geplante Revision der Altersstrategie unter Berücksichtigung der folgenden Ziele ausgestaltet werden kann:

- Die Altersstrategie umfasst ein Konzept für integrierte Dienstleistungen in den Bereichen soziale Einbindung, Wohnen, Betreuung und Pflege im Alter.
- Die Altersangebote von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbietern werden so aufeinander abgestimmt, dass die grösstmögliche Selbstständigkeit im Alter bzw. soweit möglich und von den Betroffenen erwünscht, der Verbleib in der bisherigen Umgebung gewährleistet ist. Dabei sollen Synergien zwischen ambulanten und stationären Angeboten gezielt verbessert werden.
- Die städtischen Dienstleistungen werden soweit sinnvoll dezentral in den Stadtkreisen bzw. Stadtgebieten angeboten. Die dezentralen Alterszentren vereinen alle Aspekte von Wohnen, Betreuung und Pflege und sind baulich, organisatorisch und personell in die örtlichen Strukturen eingebunden. Die bestehenden zentralen und dezentralen Organisations- und Führungsstrukturen werden verschlankt und vereinfacht aufeinander abgestimmt und optimiert.
- Dezentrale Anlaufstellen sind für die Altersfragen aller Interessierten („Stakeholder“) zuständig (Angehörige, ältere Menschen, Spitex, Heime, Spitäler und Ärzte). Sie koordinieren und vermitteln zusammen mit der Fachstelle «Wohnen im Alter» die Wohn-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen der öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbieter und unterstützen die Betroffenen. Die Fachstelle «Wohnen im Alter» wird in diese Anlaufstellen integriert.

9 / 9

- Die Finanzierung der Dienstleistungen wird - in Ergänzung zu den bundes- und kantonalrechtlichen Regelungen - so ausgestaltet, dass im Alter für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt jene Lösungen möglich sind, die den persönlichen Bedürfnissen entsprechen und die grösstmögliche Eigenständigkeit fördern. Dabei übernimmt die Stadt eine Vorreiterrolle für die Entschädigung von Betreuungsaufgaben für Angehörige und von altersgerechten Anpassungen der Wohnung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportdepartements Stellung.

Ernst Danner (EVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat